

Flüchtlingshelfer fordern mehr Hilfe

Vertreter aus der freiwilligen Flüchtlingshilfe in Leinfelden-Echterdingen haben etliche Wünsche an die Stadt. Die Verwaltung hat indes eine etwas andere Sicht auf die Dinge.

Von Philipp Braitingner

Ihre Liste an Forderungen ist lang. In einer Sitzung des Gemeinderats in Leinfelden-Echterdingen formulierte Monika Heilmann, die sich in der freiwilligen Flüchtlingsarbeit engagiert, jüngst im Rahmen der Bürgerfragestunde ein ganzes Bündel an Appellen an die Stadt. So solle Heilmanns Ansicht nach ein Sprachkurs für Frauen mit Kinderbetreuung angeboten werden. Das Geld dafür solle die Stadt zur Verfügung stellen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dies nicht tue. Ferner müsse eine Schulkinderbetreuung auch für jene Kinder angeboten werden, deren Familien Hartz IV bezögen. In der Kita solle ebenfalls eine ganztägige Betreuung über acht Stunden erfolgen, bisher seien es nur sechs Stunden, wenn nicht beide Eltern arbeiteten. „Spracherwerb, Strukturen und Regeln lernen ist wichtig“, verdeutlicht Heilmann. Zur Unterstützung von Jugendlichen solle es ferner eine Jugendsozialarbeit mit Streetworkern geben. Vor allem die Jungen bräuchten diese Unterstützung. „Diese Jungs gehen heute zunehmend nicht mehr ins Jugendhaus, sondern sind nachts auf den Straßen unterwegs oder im Park“, meint Heilmann. Die Schulsozialarbeit reiche nicht aus.

Kritik übte die Ehrenamtliche daran, dass die städtische Stelle der Integrationsarbeit beim Sozialamt angesiedelt ist. Besser wäre es, die Stelle direkt beim Büro des Oberbürgermeisters anzusiedeln, um zu zeigen, dass Integration „Chefsache“ sei. Als Vertretung der Migranten in der Stadt sollte außerdem ein Migrationsausschuss eingerichtet werden. Finanziell könnte die Stadt die Kinder aus Familien, die Hartz IV beziehen, aus Heilmanns Sicht stärker unterstützen. So solle der ÖPNV für diese Kinder umsonst angeboten werden. Auch der Eintritt ins Hallenbad könnte weiter vergünstigt werden.

Die Stadtverwaltung erklärt indessen, dass Leinfelden-Echterdingen bei der Integrationsarbeit bereits viele Freiwilligkeitsleistungen anbiete. So seien vor der Pandemie Sprachkurse mit Kinderbetreuung, wie von Heilmann gefordert, angeboten worden. Wenn das normale gesellschaftliche Leben dank eines Abflauens der Coronazahlen wieder möglich ist, könnte ein entsprechendes Angebot eventuell erneut stattfinden, erklärte Bürgermeister Carl-Gustav Kalbfell.

Die Schulkinderbetreuung sei ein weiteres freiwilliges städtisches Angebot, für das Leinfelden-Echterdingen nur minimale Zuschüsse erhalte. Vorrangig würden Kinder betreut, deren Eltern mindestens 150 Prozent Beschäftigungsumfang nachweisen könnten. Darüber hinaus könnten aber auch Kinder betreut werden, deren Eltern an einem Sprach- oder Integrationskurs teilnehmen und die deshalb eine Kinderbetreuung benötigten.

Einer anderen Ansiedlung der Integrationsarbeit erteilte Kalbfell eine Absage. Die fünf hauptamtlichen Integrationsmanager seien aus sachlichen Gründen beim Amt für Soziales angesiedelt. Eine Stabstelle im OB-Büro bringe keinen Mehrwert. Ein Migrationsausschuss könnte es in Zukunft in Leinfelden-Echterdingen geben, wenn der Bedarf dafür gesehen wird. Derzeit arbeite das Amt für Soziale Dienste zusammen mit vielen unterschiedlichen Gruppen in der Stadt an einem Integrationsplan mit dem Titel „Miteinander.Vielfalt.Leben“.

Eine finanzielle Unterstützung für Kinder aus Familien, die Hartz IV beziehen, gebe es bereits, so Kalbfell weiter. Der Stadtpass ermögliche vergünstigte ÖPNV-Tickets und einen günstigeren Eintritt ins Hallenbad. Der finanzielle Spielraum der Stadt ist aber beschränkt. Für weitere und umfangreichere Integrationsangebote sei Leinfelden-Echterdingen auf die Unterstützung von Bund und Land angewiesen, so Kalbfell.



Foto: Philipp Braitingner

Für weitere umfangreiche Integrationsangebote sei die Stadt laut Bürgermeister Carl-Gustav Kalbfell auf Unterstützung von Bund und Land angewiesen.